

Kulesa, Margareta Elisabeth

Article — Published Version

EU-Klimapolitik: Stimmen die Ziele?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kulesa, Margareta Elisabeth (2007) : EU-Klimapolitik: Stimmen die Ziele?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 87, Iss. 3, pp. 140-, <https://doi.org/10.1007/s10273-007-0624-2>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42872>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Im neuen Klimabericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses zum Klimawandel (IPCC) wird das zu erwartende Ausmaß eines ungebremsten Klimawandels deutlich. Die Folgen für Umwelt und Mensch wären erheblich und können zur Destabilisierung ganzer Regionen beitragen. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat in verschiedenen Gutachten rasches Handeln angemahnt und fasst in seinem jüngsten Politikpapier zusammen: Bis 2020 muss eine Trendumkehr der globalen Treibhausgasemissionen und bis 2050 eine Halbierung gegenüber 1990 gelingen. Für die EU hält der WBGU eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 30% bis 2020 für angemessen. Hierzu ist die EU mittlerweile für den Fall bereit, dass andere Großemittenten mitziehen. Im Alleingang wäre sie hingegen „nur“ zu einer Reduktion um 20% bereit. Bis 2020 soll zudem der Anteil der erneuerbaren Energien an der Primärenergie auf 20% steigen.

Der viel beachtete Stern-Bericht (2006) über die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels fordert ebenfalls zügige Emissionsminderungen. Prominente Ökonomen haben Stern allerdings heftig kritisiert. Die vorrangig methodische Kritik wird politisch relevant, indem die Kritiker die Effizienz rascher und umfassender Emissionsreduktionen hinterfragen und für eine zeitliche Verschiebung des Klimaschutzes plädieren. Die Kontroverse mag wissenschaftlich weiterführend sein, aber die Politik sollte ihr nicht zuviel Beachtung schenken. Wohlfahrtsverluste durch den Klimawandel können ebenso wie die Kosten des Klimaschutzes nur sehr eingeschränkt über Jahrzehnte vorhergesagt und in BIP-Anteilen beziffert werden. Martin Wolf (Financial Times) kommentiert daher, dass sich das Klimaproblem nicht durch die Optimierung von Investitionsentscheidungen lösen lässt. Klimaschutz sei vielmehr mit



Margareta E. Kulesa

EU-Klimapolitik: Stimmen die Ziele?

einer Versicherung vergleichbar, die schlimmstenfalls etwas überteuert ist. Entsprechend lautet meines Erachtens die politisch interessante Frage: Sind die Menschen bereit, während der nächsten Jahrzehnte auf – extremsten Schätzungen zufolge – durchschnittlich 0,15% Wirtschaftswachstum p.a. zu verzichten, um Klimarisiken und Kosten für ihre (Enkel-)Kinder deutlich zu mindern? Eine Bejahung ist plausibel, selbst wenn den Befragten bekannt ist, dass eine gewisse Wahrscheinlichkeit besteht, die abgezinnten „Versicherungsbeiträge“ durch Hinauszögern zu senken. Denn parallel stiege das Risiko, einen gefährlichen Klimawandel nicht mehr verhindern zu können. Zudem werden die Kosten laut den meisten Schätzungen ohnehin deutlich niedriger als oben genannt ausfallen und durch Synergien (z.B. mit Energiesicherheit) teils wieder eingeholt.

In der politischen Praxis geht es immer um Bereitschaften und stets auch um Gelegenheiten. Zur Zeit steht das EU-Fenster relativ weit offen: Der Klimaschutz hat laut Befragungen hohe Priorität in der Bevölkerung und ist Topthema der deutschen Doppelpräsidentschaft. Bei der Energieversorgung ragt ein Window-of-opportunity heraus: Der Sektor ist für etwa ein

Drittel der Treibhausgasemissionen der EU verantwortlich. Ein Umbau hin zu einer nachhaltigen Strom- und Wärmeproduktion wäre ohne erhebliche Zusatzkosten zügig möglich, weil in vielen Ländern der Kraftwerkspark ohnehin im Laufe der nächsten 20 Jahre weitgehend ersetzt werden muss.

Die EU-Ziele werden bisweilen auch deshalb als ineffizient kritisiert, weil Emissionsreduktionen in Entwicklungsländern kostengünstiger wären. Zudem sei ein „Alleingang“ der EU angesichts ihres Anteils von unter 12% an den globalen Treibhausgasemissionen wenig effektiv. Diesen Einwänden liegt jedoch allzu statisches Denken zugrunde. Ohne deutliche Vorreitererfolge wird es schwierig, weitere Großemittenten ins Boot zu holen. Schon jetzt trägt die EU dazu bei, dass sich andernorts Chancen für den Klimaschutz in Wirtschaft und Politik eröffnen: Erfolge hiesiger Unternehmen bei Effizienz und erneuerbaren Energien spornen z.B. die Konkurrenz in den USA an. EU-Emissionshandel und europäische Ansätze zur Förderung der erneuerbaren Energien finden international Nachahmung. Auch Chinas Klimaschutzbekenntnisse sind teils das Ergebnis dieser Dynamik.

Theoretisch besteht zwar ein gewisses Risiko, dass rasche, ehrgeizige Emissionsminderungen der EU unter Effizienzaspekten „suboptimal“ sind. Das Risiko ist jedoch nicht nur tragbar, sondern die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass es in praxi mehr als ausgeglichen wird. Kurzum: Die Richtung der EU-Klimaschutzziele stimmt. Nun müssen effektive Taten folgen. Dabei ist es vornehmste Aufgabe der ökonomischen Politikberatung, für mehr Effizienz bei den Instrumenten zu werben.

Margareta E. Kulesa ist Professorin an der Fachhochschule Mainz und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)
www.wbgu.de